

Zivilgesellschaft

M.Sc., Dipl.-Ing. Afsar (Soheila) Sattari

Definition der Zivilgesellschaft

„Eine Zivilgesellschaft:

- nimmt eine klare Abgrenzung vor, einerseits zu privatwirtschaftlichen Aktivitäten, die auf die Eroberung und Ausübung staatlicher Macht abzielen;
- definiert ein plurales Spektrum unterschiedlicher Gruppen und Institutionen, die wichtige Trägen für entwicklungspolitisch nachhaltige Entwicklung sein können;
- schließt die internationale Dimension der Vernetzung von Institutionen der Zivilgesellschaft mitein.“¹

Eine Zivilgesellschaft kann als das gesellschaftliche Leben zwischen Staat und Markt bezeichnet werden, die nicht direkt vom Staat sondern von Kräften der Gesellschaft kontrolliert werden. Genauer gesagt, nennt man Zivilgesellschaft das selbständige gesellschaftliche Handeln von Bürgerinnen und Bürgern, Gruppen und Organisationen unabhängig von staatlichen und kommerziellen Vorgaben, oder das Feld aktiver Bürgerbeteiligung und Interessenvertretung zwischen Staat und Markt. Somit ist die Zivilgesellschaft ein Bestandteil des politischen Systems eines Landes. Das Hauptkriterium für das Definieren einer Zivilgesellschaft ist ihre Abgrenzung vom Staat und ihre Zusammensetzung aus nicht staatlich gelenkten Gruppierungen mit ihren unterschiedlichen Graden der Institutionalisierung. Eine Vielzahl autonomer und vom Staat unabhängiger Gruppen und Organisationen, also NGOs = NROen (Non-Governmental-Organisations = Nicht-Regierungs-Organisationen), die zwischen staatlicher und privater Sphäre stehen, sind Eckpfeiler einer Zivilgesellschaft.

Neben den klassischen Nicht-Regierungs-Organisationen (NROen) sind auch Gewerkschaften, Berufsvereinigungen, Frauen-, Menschenrechts-, Bauern-, Umwelt- und andere gesellschaftliche Organisationen Teile der sozialen Infrastruktur und der Zivilgesellschaft. In manchen Fällen gehören auch Parteien, Medien und Universitäten dazu. Die Ansprechpartner können Verbände, entwicklungsorientierte NROen, Netzwerke, aber auch Bürgerinitiativen, Interessengruppen (advocacy groups) und soziale Bewegungen sein. Somit ist die Zivilgesellschaft das soziale Kapital eines Landes und eine Summe dieser Gruppierungen, die die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen durch die Anerkennung demokratischer Regeln und besonders unter Verzicht auf Gewalt und mit Bereitschaft zum Kompromiss beabsichtigen und verwirklichen möchten. Insofern ist die Förderung von Zivilgesellschaft ein fundamentales und unumstrittenes Mittel der Friedenssicherung und nachhaltigen Entwicklung.

„Zivilgesellschaft ist eine Arena des sozialen und politischen Lebens, autonom von staatlicher Dominanz, in der progressive Werte und politische Praktiken artikuliert sowie gegenhegemoniale Institution geschaffen werden können, die ihrerseits die Schaffung autonomer politische Akteure begünstigen und unterstützen, die in der Lage sind, ihre Interessen zu artikulieren und zu verteidigen, alternative Projekte zur Strukturierung von Staat und Gesellschaft vorzuschlagen sowie die Beziehungen von Staat und Gesellschaft zu transformieren.“²

„In modernen demokratischen Gesellschaften wird "Zivilgesellschaft" im Sinne der Sozialen Dreigliederung (Trilektik) neben Staat (bzw. Politik), Wirtschaft (bzw. Markt) als kulturelle Ausgleichskraft oder dritte Sektor definiert und der Wert des bürgerschaftlichen Engagements hervorgehoben.“³

Bestandteile der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Wie die zivilgesellschaftlichen Organisationen konstituiert sind und wo ihre Grenze zu den Institutionen des Staates und des Marktes ist, ist zunächst festzustellen. Zu den zivilgesellschaftlichen Institutionen zählen: die Entwicklungs-, Umwelt-, Frauen-, Menschenrechts-, und religiöse Organisationen, Stadtteilgruppen, Landlosenbewegungen, Bauern- und Berufsverbände, Gewerkschaftsverbände, traditionsreiche bürgerschaftliche Organisationen, einflussreiche Stiftungen, internationale Organisationen, Netzwerk von Verbänden, politische Parteien, Musikvereine, Sterbekassen oder Kleinkreditgruppen, etc.

Strukturmerkmal und Funktion der zivilgesellschaftlichen Organisationen

„Bei den Aktivitäten der Zivilgesellschaft geht es darum, das Aufgreifen von neuen und alten, uneingelösten sozial-ökologischen Entwicklungsthemen und Bedürfnissen, eine praktische Artikulation von Menschenrechtspolitik und Demokratieentwicklung, sehr oft durch das Hör- und Sichtbarmachen ausgeschlossener Menschengruppen, sowie kulturelle Belange, die in der Regel auch Rechtsfragen ökonomische Verhältnisse sowie Norm und Wertorientierungen zu tangieren.“⁴

Zum Strukturmerkmal einer Zivilgesellschaft gehört, dass sie nicht primär über formale Zuordnungsprinzipien definiert werden, und dass sie konkrete Ziele und Interessen der Organisationen durch die Maßnahmen und Aktivitäten vertreten. Sie sollen transparente Interessenanbindungen besitzen und aufgrund der Eindeutigkeit dieser gesellschaftspolitischen Grundausrichtung glaubwürdige Partner, sowohl für ihre Interessengemeinschaften als auch für ausländische Partner sein. Die zu jeder NRO-gehörigen Prinzipien sind: Effektivität, Effizienz, Professionalität und Transparenz von Entscheidungen und Aktivitäten.

Die Funktion einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder Gruppe ist einerseits die Durchsetzung der partikularen Interessen der dazugehörigen Gruppen und damit die gesamtgesellschaftlichen und zukunftsorientierten Interessen der Menschen des jeweiligen Landes im Rahmen der zur Verfügung stehenden Sitten, Gesetze, Beschlüsse und Möglichkeiten. Andererseits ist ihre Aufgabe die massenhafte Erregung der Aufmerksamkeit auf Defizite des staatlichen Handelns bezüglich der Bedürfnisse gesellschaftlich und politisch randständiger Gruppen und Formulierung der alternativen Politikentwürfe.

Diese Organisationen entfalten ihren Einflusskreis in der Gesellschaft und verfolgen ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele. Sie bezwecken nicht, in konkretem Sinne, die Begrenzung des Spielraums des Staates, dessen Entmachtung oder eigene Machtausübung. Sie haben nur die Ansicht, durch das Verfolgen ihrer gesellschaftspolitischen Ziele das politische und gesellschaftliche Leben ihres Landes, neben der Stadt, mitzugestalten, was die nachhaltige Entwicklung ihres Landes garantiert. Sie verfügen über ein Vertrauenskapital, das auf eine kontinuierliche Präsenz vor Ort und eine langjährige Erfahrung in gemeinsamen Aktivitäten mit den Partnern beruht, welche zu ihren interessen- und wertebezogenen Beratungsrollen führen. Zivilgesellschaftliches Handeln geschieht gewaltlos und friedlich (sprich zivil, englisch: civiness) im dritten Sektor (englisch: „non-profit sector“) und abhängig davon, inwieweit eine Organisation die gesellschaftspolitische Dimension der Interessenvertretung und politischen Einflussnahme wahrnimmt.

Eine Zivilgesellschaft bietet den Raum für Erfahrung mit der Praxis der partizipativen Demokratie. Eine Zivilgesellschaft soll sowohl intern das demokratische Verhalten ausüben und demokratische Verhältnisse schaffen, als auch extern in der Gesellschaft mit Hilfe bestimmter Techniken, die zum demokratischen Verhalten gehören, die Ziele durch die vorherige Gewinnung von Mehrheiten erreichen oder auch, gegen die eigene Meinung, mehrheitlich getroffene Entscheidungen mittragen.

Rolle der Zivilgesellschaft bei der Errichtung und Förderung der Demokratie

„Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Förderung von Zivilgesellschaft zur allmählichen Entmachtung von Staat und zum Abbau der klientelistischen Abhängigkeitsverhältnisse beiträgt. Der Erfolg hängt jedoch davon ab, in welchem Zustand sich die Zivilgesellschaft befindet und welche zusätzlichen endogenen und exogenen Faktoren auf das Geschehen einwirken.“⁵

Eine sozio-kulturelle, institutionelle und wirtschaftliche Transformation und Änderung eines Landes und die Verwirklichung der politischen Dezentralisierung beschreibt der Prozess der Errichtung oder Verstärkung der Demokratisierung des Landes. Solcher Prozess kann nicht ohne eine starke und verbreitete Bürgerbeteiligung, die ihre gesellschaftlichen Interessen gefächert artikulieren, erfolgen. Eine besondere Acht auf die mangelnde Rechtssicherheit und dafür notwendige zivilgesellschaftliche Traditionen und gesetzliche Grundlagen im jeweiligen Land ist ebenfalls für den Demokratisierungsprozess notwendig, sonst bleibt das Vorantreiben der Änderungen ein Mittel, das nur in der Macht und Kontrolle des Staates und seines bürokratischen und technokratischen Apparats liegt und kann nicht mehr zur Konsolidierung und Sicherung der Demokratie, der demokratischen Kultur und Menschenrechte führen. Im Prozess des Kampfs um Errichtung der Demokratie sind deren formalen Grundelemente (Verfassungsordnung, Parteienwettbewerb; Wahlen und Institutionen) in Schwellen-, und Entwicklungsländer zu verwirklichen. In bereits demokratischen Ländern geht es um mehr als dieses Minimalprogramm, um die Errichtung einer lebendigen Demokratie.

Das Vorhandensein der zivilgesellschaftlichen Strukturen, die Zusammenarbeit zwischen Staat, Politik und gesellschaftlichen Vertretungen und das Vorhandensein der Grundelemente einer demokratischen politischen Kultur (Akzeptanz der Verfahrensregeln, Gewaltfreiheit und gegenseitige

Toleranz) sind die wahrheitsgemäßen Garanten einer Demokratie. Partizipation in Zivilgesellschaften bedeutet Beteiligung am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Demokratie kann nicht verordnet werden, der Entwicklungsort dieser wesentlichen Elemente ist die zivile Gesellschaft. Bei der Zusammenarbeit einer zivilgesellschaftlichen Institution und dem Staat ist das Vorhandensein einer demokratischen Verfassungs- und Rechtsordnung und die daraus abgeleiteten Verfahren zur Machtverteilung und Machtkontrolle sehr entscheidend, um die mitgestalterische Rolle dieser Institutionen zu ermöglichen.

Die Fähigkeit, dass die zivilgesellschaftlichen Engagements sich auf den jeweiligen politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Bedingungen eines Landes anpassen und nicht nur die fertigen Modelle übertragen, ist das Grundelement der gesellschaftspolitischen Arbeit einer Zivilgesellschaft. Anstatt der Übertragung dieser Modelle soll die Institutionalisierung von den Verfahren der Partizipation und wirtschaftlichen Entwicklung in Zusammenhang miteinander betrachtet werden.

„Die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten sollten die Orientierung an gemeinsamen Grundnormen wie Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Demokratie und ökologischer Nachhaltigkeit sein, in Formen wie dem Kampf für den Ressourcenschutz, der Frauenförderung, den Kreditprogrammen, der Förderung von Demokratie und Menschenrechte, der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, der Krisenprävention und Beteiligung an internationalen Kampagnen, sowie als Widerstand gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen ausgeführt werden.“⁶

Die Zivilgesellschaften spielen eine Schlüsselrolle zur Bekämpfung der Armut und zur Errichtung und Verwirklichung der Demokratie und dienen deren Nachhaltigkeit. Demokratieförderung kann auch als Instrument, Motor und Ziel eines umfassenden Prozesses der gesellschaftlichen Veränderung definiert werden. Eine partnerschaftliche Unterstützung dieses Prozesses ist nur möglich, wenn ein Mindestmaß an Vertrauen und politischer Übereinstimmung in Ziele und Methoden gegeben ist. Vertrauen entsteht in der Regel nur mit der Zeit und unter Nachweis einer loyalen kompetenten Beratung. Armutsbekämpfung, Beiträge zur Grundbildung sowie Aus-, und Fortbildung, Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern, unabhängige Medien, Forschungsinstitute, Kammern und Verbände als Interessenvertretungen fördern den Pluralismus und damit die Demokratisierung des jeweiligen Landes.

In jeder Gesellschaft gibt es Verteilungsprobleme, Interessenvielfalt und Interessengegensätze. Diese Institutionen nehmen die Bedürfnisse und Interessen ihrer Gruppierungen wahr und bemühen sich, sie zu befriedigen, indem sie in Form von Selbstorganisationen, Dienstleistungen bereitstellen, die mehrmals als Ersatz für oder Reaktion auf staatliche Defizite zu verstehen sind. Diese Dienstleistungen umfassen die Selbstorganisationen für Grundrechte auf Grundbildung, Wasser, Land, Armutsbekämpfung, Entschuldungsinitiativen für die hochverschuldeten armen Länder, die grundbuchrechtliche Sicherung des Eigentums von Kleinbauern oder Dorfgemeinschaften, Formulierung von gesellschaftlichen Bedürfnissen. Sie dienen darüber hinaus der öffentlichen Mahnung und Prüfung der staatlichen Politiker, menschenwürdige Arbeitsbedingungen besonders für Frauen, Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsbedingungen besonders für Kinder in den Entwicklungsländern bis zu Selbstorganisationen im Bereich Gesundheit, Rechtsberatung, Infrastruktur, Umwelt, oder für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Gleichberechtigung der Frauen und Männer in Schwellen-, und Industrieländern, Verbesserung der Transparenz staatlicher Verwaltungen und Korruptionsbekämpfung. Eine andere charakterisierende Tätigkeit dieser Institutionen ist die Ausübung der politischen Funktion der Interessenvertretung benachteiligter Bevölkerungsgruppen, Durchsetzung ihres Politikentwurfs und ihre Einflussnahme auf politische Rahmenbedingungen, in anderen Worten deren Teilnahme bei der Politikberatung (Schulen, Wasserversorgung, Landreform, Bodenrechtsreform, etc.). Insofern spielen sie ihre mitgestalterische Rolle neben dem Staat und bestimmen die Rolle des Staates neu.

Der Erfolg des Kampfs um Demokratie ist z.B. mit dem Maß des Aufzeigens der Defizite bei der Achtung der Menschenrechte und der Dokumentation deren Verletzungen, trotz der unzureichenden sachlichen Ausstattung und vielfältigen staatlichen Einflussversuche, zu messen.

Garantieren der Durchführung der grundlegenden Funktionen eines Staats, wie die Aufbewahrung der Sicherheit der Bürger, und die Aufrechterhaltung der minimalsten physischen und sozialen Infrastruktur sind die wichtigsten Grundaufgaben eines Staates. Im Falle, dass der Staat nicht in der Lage ist, diese Funktionen zu übernehmen, droht auch die Zivilgesellschaft mitunterzugehen. Eine starke Zivilgesellschaft und ein starker, schlanker, aber effizienter Staat sind die Bestandteile einer funktionierenden Demokratie.

Zivilgesellschaftliches Engagement auf der nationalen und internationalen Ebene

Zivilgesellschaftliches Engagement soll nicht nur in einem Land abgeschnitten von den internationalen Relationen und Zusammenhänge betrachtet werden. Was dann die Bedürfnisse, Schwierigkeiten des menschlichen Lebens angeht, sind weltweit manche global und manche länderspezifisch. Die Pressefreiheit ist bspw., in manchen Ländern erreicht worden, aber zugleich ist der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung immer noch eine globale Herausforderung, allerdings mit manchen länder-, und kulturspezifischen Erscheinungen. Insofern haben die internationalen Kämpfe zur Verbesserung des gemeinschaftlichen Lebensstandards viele ideelle, infrastrukturelle und verfahrensrechtliche Zusammenhänge. Nur in einer globalen Kollaboration um die Errichtung oder Förderung der demokratischen Strukturen in jedem Land auf der einen Seite und die Koordination der internationalen Versuche und nicht deren Gegenüberstellung auf der anderen Seite kann jedes zivilgesellschaftliche Engagement und Agieren sensibel, standhaft und flexibel auf die örtlichen Gegebenheiten angepasst und der demokratischen Konsolidierung gewidmet werden.

In demokratischen Staaten werden den zivilgesellschaftlichen Akteuren individuelle und kollektive Freiheiten (z.B. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, etc.) eingeräumt. In diesen Ländern, die überwiegend aus Industrieländern bestehen, wird eine zunehmende Akzeptanz gegenüber der Politik im Allgemeinen, und eine lebendige Verfassung und demokratische Partizipation mit einer stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft gemessen. Eine funktionierende Demokratie und ein starker Staat sind beide Seiten einer Münze bei der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit. Ersatz für die individuelle Machtfülle, von der letztendlich das klientelistische System abhängt, bietet die Rechtsstaatlichkeit ein regelgebundenes Handeln und die ideale Situation zur Entfaltung einer Zivilgesellschaft. Weiterhin sind die Parlamente der demokratischen Staaten ein Gremium zur politischen Willensbildung, Kontrolle der Regierung und Ort der gesellschaftlichen Debatte. Das Ergänzen der partizipativen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und repräsentativen Demokratie sowie das Herausarbeiten einer politischen Kultur für das Entgegenkommen der zivilgesellschaftlichen Anliegen und Vorgehensweise, sind in den Industrieländern zu hohem Maße erreicht.

In demokratisch unterentwickelten Ländern, in denen traditionelle statusbegründete Beziehungen besonders stark sind, definieren und kontrollieren in der Regel relativ kleine Gruppen (Staatsklassen) die staatlichen Bestimmungen über Jahrzehnte hinweg und missbrauchen sie systematisch zum eigenen Vorteil. Parallel werden viele fähige Personen des Landes ignoriert, diskriminiert oder ausgetrieben. Diese Personen können nur in einer zivilgesellschaftlichen Organisation des Landes Gehör und besseren Zugang zum politischen Entscheidungsprozess finden. Ihre Tätigkeit führt zur allmählichen Entmachtung von „Staatsklassen“ und zum Abbau der klientelistischen Abhängigkeitsverhältnisse.

In diesen Ländern werden aufgrund der Schwäche des Staates bei der Erfüllung seiner Funktion und Pflichten bestimmte soziale Leistungen nur von den zivilgesellschaftlichen Organisationen erbracht. Dazu sind sie meistens auf die Hilfe und Mittel ihrer ausländischen Partnerorganisationen, die am Aufbau der Zivilgesellschaft mitwirken, angewiesen.

Trotz des Versuchs der zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit nicht gegen den Staat auszurichten und nur ihre mitgestalterische Rolle und demokratische Partizipation zu stärken und zum Ausdruck zu bringen, werden sie in den nicht demokratischen und repressiven Staaten oft, aufgrund des o.g. Potential der Beherrschung aller Kräfte der Gesellschaft in sich oder der Beziehungen mit den Partnerorganisationen, als politisch unerwünscht und gefährlich eingestuft.

Die repressiven Staaten der Entwicklungsländer bestreben die Unterstellung der Organisationen der Zivilgesellschaft einer stärkeren staatlichen Kontrolle, Besteuerung ihrer Zuwendungen aus dem Ausland und Instrumentalisierung der NROen, sogar in Form von Bildung der staatlich kontrollierten Pseudo-NRO zur Abschöpfung internationaler Mittel. Die zivilgesellschaftliche Organisationen werden von der Teilnahme an politischen Dialogen ausgeschlossen und sogar als Agenten, zu ausländischen Interessengruppen zugeordnet, die angeblich nur als ein Machtpolitischer Faktor agieren und die bestehende Machtverhältnisse des Landes bedrohen möchten. Die Willkür des Apparats des Staates und das Fehlen der demokratischen Kultur im Lande sind die Lagerstätte solcher untoleranter Reaktionen und Versuche zum Ausschluss der Zivilgesellschaft und ihrer Akteure aus der Öffentlichkeit.

Noch ein weiterer wichtiger Punkt ist die Ähnlichkeit der nicht demokratischen Regierungen und ihren zivilgesellschaftlichen Institutionen in ihren Verstößen gegen demokratische Prinzipien. Nach vielen Erfahrungen sind sie in gewisser Weise voneinander abhängig. Ein Staat agiert totalitär in seinem Gesamthandeln im Lande und eine ideologisch und strukturell totalitäre Organisation agiert genauso in den eigenen Wänden, d.h. beide können hinsichtlich der Demokratieförderung ideologische Defizite haben. Auf der anderen Seite, bei der Ignoranz der demokratischen Prinzipien werden die Fehler

einer Seite auf die Fehler der anderen Seite geschoben und somit wird versucht, eigene Fehler auszulegen. Eine Vielzahl von Beispielen zu diesem Fall sind in den heutigen Ländern des Nahostens zu finden, z.B. die Beziehung zwischen PKK und der türkischen Regierung in der Türkei oder zwischen vielen oppositionellen Gruppierungen und der Regierung im Iran. Eine linksgerichtete und radikale, aber islamische Gruppierung, namens „Volksmohajedin“, die vor 25 Jahren den bewaffneten Kampf zum Erreichen ihrer gesellschaftspolitischen Ziele mit der Regierung eröffnete, bot der Regierung in Teheran die Chance zur Durchsetzung einer vollständigen Repressionspolitik im Lande.⁷ Eine politische Partei, die sich als eine Oppositionspartei eines totalitären Staats bekennt, kann sogar selbst in den Händen von ideologischen oder strukturellen Totalitarismus gefangen sein. Diese Wechselwirkung zwischen diesen beiden erschwert die Demokratieförderung im Lande, was im Endeffekt das Verschlechtern der Lebenslage verschiedener Schichten, u. a. der Armen, und auf Schwächen der mäßig vorhandenen demokratischen Indikatoren im Lande abzielt.

Des Weiteren soll auf die Gefahr der Instrumentalisierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen für staatliches Handeln geachtet und hingewiesen werden, was leider in Ländern mit schwachen demokratischen Strukturen und Verhältnissen der Fall ist, also genau wo die Zivilgesellschaft am meisten gebraucht wird. Manchmal findet diese Instrumentalisierung bei der Durchführung staatlich geplanter Entwicklungsvorhaben, also bei der Arbeitsteilung zwischen staatlichen und nicht staatlichen Pflichten und Vorhaben, statt. Diese Instrumentalisierung geschieht, indem das Engagement einer NRO zur Überbrückung von strukturellen demokratischen Defiziten sowohl national als auch international angewendet wird. In so einem Fall bestehen die zivilgesellschaftlichen Institutionen nur förmlich und nicht inhaltlich und dienen letztendlich zur Verzierung des Gesichts dieser Regierungen bei der internationalen Gemeinschaft.

Es ist zu betonen, dass nicht jede Kooperation zwischen Staat und dieser Organisationen als Instrumentalisierung zu sehen ist. Im Grunde genommen, ist diese Kooperation für zivilgesellschaftliche Institutionen von großer Bedeutung und manchmal lebensrettend. Der Anhaltspunkt ist, dass diese Organisationen auf das Erkennen der Bedürfnisse und Interessen ihrer Gruppierungen und die Lösungsfindung zur Beseitigung dieser Bedürfnisse, abgegrenzt von privatwirtschaftlichen und von der Eroberung und Ausübung staatlicher Macht, setzen müssen. Nur abgeleitet von diesem Inhalt ist jede nationale und internationale Kooperation (in finanziellen oder ideellen Rahmen) gestattet und sogar zwingend nötig.

Seitens der Partner dieser Institutionen in Industrieländern wird im Rahmen der Entwicklungskooperation mit einer stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft in folgenden drei Bereichen gerechnet, nämlich „im Bereich der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Politikformulierung und der Planung entwicklungspolitischer Projekte; im Bereich der Beteiligung an der Implementierung entwicklungspolitischer Programme und zuletzt im Bereich der Beteiligung an internationalen Entwicklungsmitteln z.B. durch verbesserte Ko-Finanzierungsmöglichkeiten für entwicklungsorientierte NROen auf der Ebene der Europäischen Union (EU)“.⁸

Diese Institutionen sollen bei der Vorbereitung veränderter Kooperationsabkommen und bei der Umsetzung der daraus folgenden entwicklungspolitischen Programme miteinbezogen werden. Entwicklungszusammenarbeit beabsichtigt das Vorantreiben der Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse, gesellschaftlichen Ordnungen und sozialen Beziehungen. Bezüglich der Umsetzung der Beschlüsse der UN-Konferenzen spielen die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Watchdog-Rolle, somit tragen die NROen auf der internationalen Ebene zur Demokratisierung der Weltpolitik bei.

Literatur:

- 1: Zivilgesellschaft und Entwicklung, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2001, S. 14 Zivilgesellschaft und Entwicklung, Brot für die Welt, Friedrich Ebert Stiftung, Konrad Adenauer Stiftung, Heinrich Böll Stiftung, Friedrich Neumann Stiftung, Hanns Seidel Stiftung e.V. ISBN: 3-89892-000-3
- 2: Gershman und Bello: Struggles for Democracy and Democratic Struggle, London, 1995, S. 45
- 3: Zivilgesellschaft und Entwicklung, S. 30
- 4: Christine Merkel, Zivilgesellschaftliche Akteure und NROs im internationalen Raum zwischen Markt und Macht, Loccumer Protokolle 9/97, S. 15
- 5: Zivilgesellschaft und Entwicklung, Günther S., S. 48
- 6: Zivilgesellschaft und Entwicklung, Günther S., S. 43
- 7: www.cdi.org/terrorism/mek.cfm von Colin Robinson
- 8: Zivilgesellschaft und Entwicklung, S. 34